

Antrag	Antragsteller*in	Änderungswunsch	Verfahrensvorschlag	Modifizierter Text
WP-01-54-2	Niklas Graf u.a.	„... , um beispielsweise ein flächendeckendes Netz für ökologische Korridore und Tierwanderungen zu ermöglichen. Hierbei gilt es auch die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes in die Planung miteinzubeziehen und über wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Grünbrücken an besonderen Stellen nachzudenken und deren Umsetzbarkeit zu prüfen. Damit soll der Zerschneidung von Biotopen und Wildtierwanderrouten sowie dem auch für Menschen gefährlichen Wildwechsel entgegengewirkt werden. Dies ist in anderen Bundesländern bereits gängige Praxis und zeigt den Handlungsbedarf in NRW.“	modifizierte Übernahme	...,um die Entwicklung eines landesweiten Biotopverbundes zu unterstützen.Hierzu können auch Grünbrücken einen wichtigen Beitrag leisten und dazu soll eine systematische Untersuchung landesweit einen planvollen Aus- und Umbau einleiten.
WP-01-54-3	KV Soest	Einfügen: Zu den dafür notwendigen Maßnahmen zählt es, die illegale Überackerung von öffentlichen Flächen zu unterbinden. Dazu ist es notwendig eine auch in der Praxis umsetzbare rechtliche Regelung zu treffen, die auf der einen Seite die Rückgewinnung der Flächen als Ziel setzt und auch mit entsprechenden Maßnahmen bei Nichtbefolgung einen wirtschaftlichen Anreiz zur Befolgung setzt, dessen Erträge in den Kauf von Flächen einfließt.	modifizierte Übernahme	Zu den dafür notwendigen Maßnahmen zählt es, die illegale Überackerung von öffentlichen Flächen zu beenden.
WP-01-59	KV Soest	Ergänzen: Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, Mittel für eine flächendeckend angelegte Erfassung von Arten durchzuführen. Dies beinhaltet die für das jeweilige Gebiet anzunehmenden Arten hinsichtlich des vorhandenen Lebensraumes (Insekten, Säugetiere, Vögel, Amphibien, Reptilien, Pflanzen etc.). Ein regelmäßiges Monitoring sollte in den Lebensräumen angepassten Abständen in Verantwortung des Landes durchgeführt werden.	modifizierte Übernahme	Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie sollen die zuständigen kommunalen Stellen das jeweilige "natürliche Inventar" erfassen und in Abständen in einem Monitoring fortschreiben.
WP-01-59-2	LAG Ökologie u.a.	Nach Zeile 59 einfügen: Zum Schutz des Naturerbes NRW sollen entsprechende unbürokratische Fördermöglichkeiten geschaffen werden.	Keine Übernahme	
WP-01-67	Lukas Benner u.a.	Ergänze nach "... an Bestandsgebäuden zu vermeiden.“in Zeile 67: Zusätzlich wollen wir zum Schutz von nachtaktiven Tieren gemeinsam mit den Kommunen nächtliche Beleuchtung kritisch hinterfragen und wo möglich reduzieren oder durch andere Lichtfarben und andere Austrahlungswinkel des Lichts den negativen Einfluss auf Tiere minimieren. Insbesondere in Großstädten wollen wir unbeleuchtete Rückzugsräume speziell in Parks gezielt fördern.	Modifizierte Übernahme	Zusätzlich wollen wir zum Schutz von nachtaktiven Tieren gemeinsam mit den Kommunen nächtliche Beleuchtung sparsam, gezielt und schonend einsetzen.

WP-01-67-2	Niklas Graf u.a.	„... und den Artenschutz generell baurechtlich zu stärken.“	Modifizierte Übernahme	und den Artenschutz auf Bundesebene baurechtlich zu stärken"
WP-01-67-3	KV Soest	Neuer Absatz: Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Generation. Der Verlust der Arten seit 1960 ist so gravierend als Prozess und gleichzeitig scheinbar unaufhaltsam, wie der ausbleibende Erfolg der durchaus bestrebten Bemühungen diesbezüglich offenbart. Damit hier ein Fortschritt erreicht werden kann müssen konsequentere gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Die bisherigen Bemühungen scheinen nicht die tatsächlichen Ursachen dieser Entwicklung des Artensterbens anzugehen. Der nachweisliche Verlust von über 75 % der flugfähigen Insekten innerhalb von 25 Jahren (entomologischer Verein Krefeld) verdeutlicht eine der Ursachen des Artensterbens und die Dringlichkeit des Handlungsbedarfes. Der rechtliche Schutzstatus ist in der Praxis viel zu gering, bzw. es werden mit dehnbaren Rechtsbegriffen die eigentlichen Zielsetzungen ausgehebelt. Hier muss eine Eindeutigkeit der Regelungen erfolgen, so dass nicht die Regelung zwar den Schutz vorsieht, dazu gibt es dann allerdings großzügige Ausnahmen.	Zurückgezogen	
WP-01-81	Gregor Kaiser u.a.	Einfügen nach 81: <i>Wir wollen eine Entlastung der Waldbesitzer*innen bei der Verkehrssicherung im Wald.</i>	Keine Übernahme	
WP-01-81-2	KV Soest	Ergänzen: Der Wald darf darüber hinaus aber nicht nur Rohstofflieferant sein. Seine Rolle als besonderer Ort der Erholung für den Menschen, als Kohlenstoffspeicher für den Klimaschutz sowie als Lebensraum für die heimische Biodiversität ist von unschätzbbarer Bedeutung. Daher müssen vor allem auch naturnahe Waldflächen gefördert werden – beispielsweise auf 10% der staatlichen Waldfläche, die aus der Nutzung genommen wird. Grundsätzlich ist eine FSC-Zertifizierung für staatliche Waldflächen bzw. deren Holzprodukte anstreben. Des Weiteren treten wir für die Förderung von Waldwildnisgebieten in Kommunal- und Privatwald ein und dies auch im Besonderen für z.B. Wisente als das Landschaftsbild Wald natürlich prägende Art.	Modifizierte Übernahme	Der Wald darf darüber hinaus aber nicht nur Rohstofflieferant sein. Seine Rolle als besonderer Ort der Erholung für den Menschen, als Kohlenstoffspeicher für den Klimaschutz sowie als Lebensraum für die heimische Biodiversität ist von unschätzbbarer Bedeutung. Die FSC-Zertifizierung des Staatswaldes, die Einrichtung von Wildnisgebieten und die Förderung des Wisentprojektes sind dabei wichtige Signale.
WP-01-91	Gregor Kaiser u.a.	Einfügen: <i>Wir unterstützen die Zertifizierung von Kleinwaldbetrieben nach Standards von FSC oder ökologischen Anbauverbänden.</i>	Übernahme	
WP-01-104	KV Soest	(Einfügen in Zeile 104 und ersetzen der Zeilen 104 -110) Die seit vielen Jahren auftretenden Kahlschläge durch die Landes- bzw. Bundesbetriebe an den entsprechenden Straßen führen zu großem Missfallen der Bevölkerung. Der angegebene Grund hinsichtlich dieser so bezeichneten „Pflegemaßnahmen“ ist oftmals die Verkehrssicherheit. Die Belange des Natur- Umwelt- und Landschaftsschutzes werden praktisch	Zurückgezogen	

		nicht beachtet. Eine Anfrage beim LANUV, ob für einen bestimmten Abschnitt einer Straße z.B. Informationen zu Vorkommen von planungsrelevanten Arten vorliegen, wird in vielen Fällen damit beantwortet, dass es keine Informationen gebe. Da niemand Erfassungen zu den Vorkommen erhoben hat, ist die aus der Antwort des LANUV abgeleitete Legitimation der Durchführbarkeit der Maßnahmen substanzlos hinsichtlich der Belange des Arten- und Naturschutzes. Es ist nicht nur aus Gründen der Gehölzpflege notwendig gesetzlich festzulegen, dass es keine Genehmigung für nicht erfasste Bereiche geben kann und das parallel eine Erfassung aller Flächen erfolgen muss. Eine im Umweltministerium bzw. bei der Stabsstelle für Umweltkriminalität angegliederte Clearingstelle mit NRW weiter Zuständigkeit ist einzurichten, da oftmals die Landesbetriebe, kommunalen Betriebe bzw. die von ihnen beauftragten Unternehmen für die Beschwerden bei Gehölzmaßnahmen verantwortlich sind. Eine vor Ortbesichtigung sollte hier im Regelfall erfolgen. Eine Beurteilung ausschließlich auf einer Stellungnahme des Beschuldigten ist auszuschließen. Ein unabhängiger Sachkundiger ist zu Rate zu ziehen in einem solchen Clearingverfahren.		
WP-01-123	Seb Schäfer u.a.	Derzeit kehren Biber, Wolf und Luchs auf natürliche Weise nach Nordrhein-Westfalen zurück. Mit fundierten Managementplänen sowie einem landesweiten Berater*innen-Netzwerk sorgen wir für Aufklärung und Beratung der Bevölkerung; mit ausreichenden finanziellen Hilfen für die Weidetierhaltung fördern wir die Akzeptanz und stehen an der Seite der Nutztierhalter*innen und Grundbesitzer*innen.	Modifizierte Übernahme	Derzeit kehren Biber, Wolf und Luchs auf natürliche Weise nach Nordrhein-Westfalen zurück. Mit praktikablen Managementplänen sowie einem landesweiten Berater*innen-Netzwerk sorgen wir für Aufklärung und Beratung der Bevölkerung; mit ausreichenden finanziellen Hilfen für die Weidetierhaltung fördern wir die Akzeptanz und stehen an der Seite der Nutztierhalter*innen und Grundbesitzer*innen
WP-01-137	KV Soest	Den Satz „Jägerinnen und Jäger leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit.“ streichen .	Modifizierte Übernahme	Fasse Zeile 137-138 neu: „Viele Jägerinnen und Jäger leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit.
WP-01-138	KV Soest	Einfügen: Die Jagdausübung in Schutzgebieten muss mit den diese Gebiete betreuenden Biologischen Stationen abgestimmt werden, wobei diese Art, Zeit und Umfang der für den Schutzzweck notwendigen Jagd festlegen. Grundsätzlich sind Schutzgebiete von der Bejagung auszuschließen.	Zurückgezogen	
WP-01-154	Eva Gerhardus u.a.	Stickstoffausbringung begrenzen zum Gewässerschutz Die Nitrat- und Stickstoff -Einbringung aus der Landwirtschaft sind die Hauptverursacher des Nitrates in den Gewässern, insbesondere im Grundwasser.. Um die Nitratwerte der Gewässer nennenswert zu senken, bedarf es einer zeitnahen Kurskorrektur in der Landwirtschaft. Eine effektive Möglichkeit ist eine Steuer auf ausgebrachte Gülle und andere stickstoffhaltige Produkte auf landwirtschaftliche Flächen.	Modifizierte Übernahme in Kapitel 2	

		Um die bäuerliche Landwirtschaft, welche uns hilft, die regionaltypischen Besonderheiten zu bewahren, nicht zu belasten, könnten für diese Klein-Betriebe entlastende Freibeträge eingeführt werden .		
WP-01-198	LAG Energie	Nach Zeile 198 neuen Absatz einfügen: „Gasbohrungen verhindern Der Schutz von Trinkwasser steht für uns über allen wirtschaftlichen Interessen. Über das Wasserrecht wollen wir das Grundwasser und Oberflächengewässer besser schützen. Insbesondere riskante Bohrungen (z. B. „Fracking“ und „Tektomechanik“) wollen wir nicht zulassen.“	Erledigt durch modifizierte Übernahme in Z1140	
WP-01-215	Bezirksverband OWL	Zeile 215 einfügen: ... Flußgebietseinheit Weser beteiligt. Besondere Bedeutung hierbei hat der, gemeinsam mit benachbarten Bundesländern in Gang gebrachte, "Masterplan Salzreduzierung". Ziel ist, die Weser wieder zum salzfreien Fluss zu machen und den guten ökologischen Zustand der Flussgebietseinheit zu erreichen. 2018 soll die Wirksamkeit der Maßnahmen in einem	modifizierte Übernahme	Besondere Bedeutung hierbei hat der, gemeinsam mit benachbarten Bundesländern in Gang gebrachte, "Masterplan Salzreduzierung". Ziel ist, die Weser wieder zu einem Fluss mit gutem ökologischem Zustand zu machen.
WP-01-233	KV Wesel u.a.	Zeilen 233-237 ersetzen durch: Der Rohstoffabbau von Kies, Sand und Kalksteinen ist mit hohen Verlusten anderer Naturgüter verbunden. Die Gewichtung der Speicher- und Filterfunktion für unser Grundwasser ist stärker zu berücksichtigen. Die Kulturlandschaften sind zu erhalten und der unwiederbringliche Verlust der Bodenfunktionen, z.B. die dauerhafte Aufgabe von landwirtschaftlichen Anbauflächen zu vermeiden. Hierzu müssen geeignete Instrumente geschaffen werden: Einführung einer Rohstoffabgabe, Verbesserung der restriktiven Bedarfsprüfung zur wirksamen Flächen- und Mengenreduzierung, Unterstützung eines umweltverträglichen Rohstoff-Recycling durch eine Anschubfinanzierung insbesondere für Vorhaben zur Rückgewinnung der Primärrohstoffe und Finanzierung nachhaltiger Projekte in den betroffenen Kommunen. Ferner sollen Trinkwasser-/ Wasser-Reservegebiete und Naturschutzgebiete unberührt bleiben.	modifizierte Übernahme	Der Rohstoffabbau von Kies, Sand und Kalksteinen ist mit hohen Verlusten anderer Naturgüter verbunden. Die Gewichtung der Speicher- und Filterfunktion für unser Grundwasser ist stärker zu berücksichtigen. Die Kulturlandschaften sind zu erhalten und der unwiederbringliche Verlust der Bodenfunktionen, z.B. die dauerhafte Aufgabe von landwirtschaftlichen Anbauflächen zu vermeiden. Hierzu müssen geeignete Instrumente geschaffen werden: Einführung einer Rohstoffabgabe (Kieseuro), weitere Verbesserungen der restriktiven Bedarfsprüfung zur wirksamen Flächen- und Mengenreduzierung, Unterstützung eines umweltverträglichen Rohstoff-Recycling durch eine Anschubfinanzierung insbesondere für Vorhaben zur Rückgewinnung der Primärrohstoffe und Finanzierung nachhaltiger Projekte in den betroffenen Kommunen. Ferner sollen Trinkwasser-/ Wasser-Reservegebiete und Naturschutzgebiete unberührt bleiben.
WP-01-249	KV Heinsberg	Ersetze „Gemeinsam mit Apotheken, Krankenhäusern und Praxen schaffen wir eine Modellregion zur Erprobung eines einheitlichen, einfachen und	Modifizierte Übernahme	Gemeinsam mit Apotheken, Krankenhäusern und Praxen wollen wir über eine Modellregion erproben, dass ein einheitliches, einfaches und verbindliches

		verbindlichen Rückgabesystems für alte Medikamente“ durch „Gemeinsam mit Apotheken, Krankenhäusern und Praxen schaffen wir ein einheitliches, einfaches und verbindliches Rückgabesystem für Medikamente.“		Rückgabesystem für alte Medikamente flächendeckend eingeführt werden kann.
WP-01-253	KV Heinsberg	Einfügen nach „... von Medikamenten an.“ „Wir wollen durch eine deutliche Aussage auf Medikamentenverpackungen auf umweltschädliche Inhaltsstoffe und die umweltverträgliche Entsorgung hinweisen lassen.“	Modifizierte Übernahme	„Wir wollen, dass durch eine deutliche Aussage auf Medikamentenverpackungen auf eine umweltfreundliche Entsorgung hingewiesen wird.“ ,
WP-01-280	KV Gelsenkirchen u.a.	„... in unseren Innenstädten.“ In Z.280 einfügen: Dazu wollen wir die Rolle des ÖPNV, des Fahrradverkehrs und der Fußgänger*innen weiter stärken.	zurückgezogen	
WP-01-283	KV Siegen-Wittgenstein zu erarbeiten. Den Rest streichen.	Modifizierte Übernahme	Ersetze 283-285 (und eine...bis fördern) durch: Wir streben die verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Umwelt- und Verkehrsplanung an und fördern die emissionsfreie Mobilität besonders in unseren Innenstädten. In weiteren Abstimmungsverfahren zwischen den Ländern und dem Bund setzen wir uns dafür ein, wirksame Maßnahmen und deren Finanzierung zur Luftreinhaltung im Sinne des vorbeugenden Gesundheitsschutzes zu erarbeiten. Eine steuerliche Förderung zum Nachrüsten von konventionellen Fahrzeugen z.B. von Handwerker*innen mit dem Ziel der Emissionsreduzierung, sowie die Umrüstung im öffentlichen Verkehr, wollen wir fördern.
WP-01-285	OV Alfter u.a.	In WP-01 (Perspektive emissionsfrei mobil 2030) wird in Zeile 285 angefügt: „In Nordrhein-Westfalen sind Luftreinhaltepläne mit Minderungsmaßnahmen in 25 Städten sowie im gesamten Ruhrgebiet in Kraft. Die in den Luftreinhalteplänen festgelegten Maßnahmen reichen jedoch noch nicht in allen Fällen aus, um den Stickstoffdioxidgrenzwert einhalten zu können. Dabei ist die Belastung mit Stickstoffdioxid das Problem Nummer eins in der Luftreinhaltung. Stickstoffdioxid in der Luft gefährdet die Gesundheit der Menschen. Die GRÜNEN bekennen sich dazu, dass die Gesundheit Vorrang vor wirtschaftlichen und eigennützigen Interessen hat, auch wenn es schwierig erscheint, den Zielkonflikt zu lösen, gleichzeitig Mobilität als Bedingung für funktionsfähige und urbane Städte sicherzustellen. Gleichwohl schließen wir kurzfristig Fahrverbote z.B. für den Individualverkehr nicht aus – unabhängig davon wie das Bundesverwaltungsgericht die Frage entscheidet, ob schon nach	Modifizierte Übernahme	In Nordrhein-Westfalen sind Luftreinhaltepläne mit Minderungsmaßnahmen in 25 Städten sowie im gesamten Ruhrgebiet in Kraft. Die in den Luftreinhalteplänen festgelegten Maßnahmen reichen jedoch noch nicht in allen Fällen aus, um den Stickstoffdioxidgrenzwert einhalten zu können. Dabei ist die Belastung mit Stickstoffdioxid das Problem Nummer eins in der Luftreinhaltung. Stickstoffdioxid in der Luft gefährdet die Gesundheit der Menschen. Die menschliche Gesundheit muss Vorrang vor wirtschaftlichen und eigennützigen Interessen haben, auch wenn es schwierig erscheint, den Zielkonflikt zu lösen, gleichzeitig Mobilität als Bedingung für funktionsfähige und urbane Räume sicherzustellen. Das Urteil des Verwaltungsgerichts

		derzeitiger Rechtslage die Verhängung eines Dieselfahrverbots durch das Zeichen „Verbot für Kraftwagen“ mit entsprechendem Zusatzzeichen angeordnet werden kann. Dazu wollen wir „ausgeschlossenen“ Autofahrern ein Angebot machen: Mit einer neuen Nahverkehrsfinanzierung wollen wir den öffentlichen Nahverkehr preisgünstig und fahrscheinlos machen. Dieses Angebot wird den Autofahrern helfen, die normalerweise nicht Busse und Bahnen nutzen, die aber ausnahmsweise auf ihr Auto verzichten müssen: Entweder weil der Gesundheitsschutz anderer Vorrang hat oder aber auch wenn individuell ein Fahrzeug nicht nutzbar ist (z.B. wegen einer Alkoholfahrt, Reparatur) (“Näheres unter „Bahn- und ÖPNV-Angebot und – Finanzierung verbessern“).		Düsseldorf, das entschieden hat, dass zur Durchsetzung dieses Grundsatzes auch Fahrverbote von Dieselfahrzeugen geprüft werden müssen, muss umgesetzt werden. Andererseits dürfen Fahrzeughalter*innen, die davon betroffen sein könnten, gegenüber den Herstellern, die Abgaswerte rechtswidrig manipuliert haben, nicht ohne Schutz bleiben.
WP-01-285-2	KV Soest	Ergänzen: Dabei ist es wichtig, weiterhin mehrere Optionen für emissionsfreie oder zumindest emissionsarme Antriebstechnologien zu erforschen. Eine Beschränkung auf die Elektromobilität ist hier nicht zielführend – nicht nur im Bereich des Personenindividualverkehrs sondern speziell im Güterverkehr (LKW) und bei landwirtschaftlichen Maschinen. Ein besonderer Augenmerk muss bei der Entwicklung von Antrieben auf der Energieeffizienz liegen.	zurückgezogen	
WP-01-315	KV Lippe	Ergänze: Daher wollen wir mittelfristig den Flächenverbrauch auf Null senken.	Übernahme	
WP-01-315-2	KV Soest	Einfügen nach “[...] Lebensqualität.“ Um diesen negativen Auswirkungen des Flächenverbrauchs vorzubeugen und die Zerstörung des Freiraums in NRW aufzuhalten bekennen sich die GRÜNEN NRW klar zu einem gesetzlichen Ziel von deutlich unter fünf Hektar Flächenverbrauch pro Tag und treten für ein modernes effektives Freiraumschutzgesetz ein.	modifizierte Übernahme	Um diesen negativen Auswirkungen des Flächenverbrauchs vorzubeugen und die Zerstörung des Freiraums in NRW aufzuhalten, bekennen sich die GRÜNEN NRW klar zu einem gesetzlichen Ziel von deutlich unter fünf Hektar Flächenverbrauch pro Tag und treten auf Bundesebene für ein modernes effektives Freiraumschutzgesetz ein.
WP-01-355	Sebastian Strumann	“...landesplanerische Absicherung eines zweiten Naturparks Senne sind...“ Ersetzen durch: “...landesplanerische Absicherung eines zweiten Nationalparks Senne sind...“	Übernahme	
WP-01-388	LAG Regional- und Stadtentwicklung	Zeile 388-391 ersetzen durch: Wir wollen den Lärmschutz bei bestehenden Straßen und Schienenwegen stärken, indem die Auslösewerte für Sanierungsmaßnahmen gesenkt werden. Wir befürworten die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Lärmschutz.	Übernahme	
WP-01-398	KV Lippe	Ergänze: „Es kann aber nicht sein, dass bestehende Sportanlagen nachträglich durch Anwohnerklagen in ihrer Nutzung eingeschränkt werden. Hier	Übernahme	

		setzen wir uns für einen umfassenderen Bestandsschutz ein.“		
WP-01-407	KV Paderborn	ergänzen: „... ausgebaut wird, insbesondere durch eine Verlängerung gesetzlich vorgeschriebener Garantiezeiten, z.B. für Elektrogeräte.	Modifizierte Übernahme	ausgebaut wird, insbesondere durch eine Verlängerung gesetzlich vorgeschriebener Garantiezeiten.
WP-01-440	LAG Energie	Zeilen 440-452 ändern in: „[...]dass alle, Bezirksregierungen , Kreise und kreisfreien Städte die Gesetze in gleicher Weise vollziehen und überwachen. Umweltschutz darf nicht davon abhängig sein, welche Partei die Rats-, Kreistagsmehrheit oder den*die Regierungspräsident*in stellt.“	zurückgezogen	
WP-01-501	KV Heinsberg	Einfügen nach „ ... Bedürfnissen der Tiere entsprechen.“ „Dies gilt gerade auch für die Haltung von Tieren im privaten Bereich (Heimtiere). Wir wollen eine stärkere Aufklärung bereits vor der Anschaffung von Heimtieren.“	zurückgezogen	
WP-01-523	Niklas Graf u.a.	523-527 Um das Leiden von Nutztieren weiter zu reduzieren sollen Transporte möglichst vermieden oder verkürzt werden indem Hofschlachtungen und regionalen Schlachthöfen eine zentralere Rolle zugewiesen werden soll. Generell müssen Tiertransporte schärfer kontrolliert werden und deren Durchführung und Ergebnisse sowohl Landes- als auch länderübergreifend enger vernetzt und in zentralen wie öffentlichen Datenbanken gesichert werd	modifizierte Übernahme	Generell müssen Tiertransporte schärfer kontrolliert werden und deren Durchführung und Ergebnisse sowohl Landes- als auch länderübergreifend enger vernetzt werden.
WP-01-524	KV Lippe	Ergänze: Wir werden die Bruderhähncheninitiative in NRW durch die Förderung der Erhaltung und züchterische Bearbeitung historischer Zweinutzungsrasen und die Förderung der Zucht neuer Zweinutzungsrasen unterstützen.	modifizierte Übernahme	Wir werden die Bruderhähncheninitiative in NRW durch die Förderung der Erhaltung und züchterische Bearbeitung historischer Zweinutzungsrasen und die Förderung der Zucht neuer Zweinutzungsrasen unterstützen.
WP-01-537	Robert Schallehn u.a.	537ff. Private Haltung von Tieren verbessern Grundsätzlich ist die private Tierhaltung in einer Gesellschaft, die sich immer weiter von der Natur entfernt, ein wichtiger Bestandteil der Umweltbildung. Um Handlungsfehler vorab zu minimieren fordern wir allerdings einen verbindlichen Sachkundenachweis für die Haltung von allen Tieren, dessen Umfang sich an der Schwierigkeit der Haltung der Tiere bemisst. Der Besitz gefährlicher Tiere muss zusätzlich durch eine Meldepflicht, Halterhaftpflicht und nachweislich sicheren Haltungsanlagen abgesichert werden. Da längere Transporte Stress für Tiere sind, wollen wir Inlandsnachzuchten fördern. Hierzu wäre ein Instrument eine deutliche Besteuerung von Wildfängen. Tierbörsen sind für uns nur dann sinnvoll, wenn sie ausschließlich zum Zwecke des Austausches von regionalen	Abstimmung	

		Nachzuchten veranstaltet werden. Um eine Gefahr für die Bestände in den Ursprungsländern minimieren, muss über eine konsequente Weiterentwicklung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) der Schutz von gefährdeten Arten sichergestellt werden.		
WP-01-537-2	Malte Hornig u.a.	Streichung: 537-548	zurückgezogen	
WP-01-539/WP-01-539-2	KV Lippe	Ersetzen von Zeile 539 bis 545 durch: Verantwortungsbewusste Tierhalter tragen Deutschlandweit durch erfolgreiche Zuchtprojekte zu der Erhaltung seltener Vögel, Reptilien, Amphibien, Fischen und Gliedertieren bei. Ihre Verbände arbeiten dabei eng mit Natur und Artenschutzorganisationen zusammen. Wir wollen gemeinsam mit diesen Organisationen Sachkundenachweise und Handlungsstandards entwickeln, die diesen Beitrag auch weiterhin ermöglichen. Die Ausstellung und der Erwerb von Wildtieren z.B. auf der Terraristika in Hamm sollen an diesen Sachkundenachweis gebunden werden.	zurückgezogen	
WP-01-544	Niklas Graf u.a.	Ersetze in Zeile 544 „verbieten“ durch: „...stufenweise zurückführen indem zunächst der Neukauf untersagt werden soll.“	zurückgezogen	
WP-01-548	Niklas Graf u.a.	Füge ein hinter Zeile 548 oder a.a.O.: „Wildtierpopulationen in Städten und Gemeinden entfalten sich zunehmend unkontrolliert inmitten der engen ökologischen Nischen der urbanen Grün- und Randflächen. Deshalb fordern wir eine Erhebung und eine mögliche Verstärkung eines Wildtiermonitorings in urbanen Räumen.“	zurückgezogen	
WP-01-597	Wibke Brems u.a.	In Zeile 597 einfügen: Erst das Engagement der Bürger*innen hat die Energiewende in den vergangenen zwei Jahrzehnten ermöglicht. Nun bietet der Ausbau der Erneuerbaren Energien zusammen mit der Digitalisierung den Bürger*innen immer neue Chancen der Teilhabe und der Vernetzung. Diese wollen wir, u.a. mit Mieterstromprojekten, Contracting Modellen, Bürgergenossenschaften aber auch der aufsuchenden Energieberatung, zu unterstützen, damit alle Bürger*innen von den Chancen profitieren können.	Übernahme	
WP-01-623	Wibke Brems u.a.	Zeile 623 bis 630 werden ersetzt: Der Klimaschutzplan NRW ist für uns ein zentrales politisches Element. Wir wollen, dass der Klimaschutzplan NRW an die Erfordernisse des Weltklimaabkommens angepasst und in ihm die daraus folgenden, konkreten, langfristigen Ziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen NRWs festgelegt werden. Neben einem breiten Beteiligungsverfahren der Zivilgesellschaft sollen die Ziele auch auf die wesentlichen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr,	zurückgezogen	

		Abfall-, Land- und Forstwirtschaft) heruntergebrochen werden. Dies wollen wir in der gesetzlich vorgesehen Fortschreibung nach fünf Jahren deshalb entschieden angehen.		
WP-01-637	LAG Energie	Nach Zeile 637 einfügen: „Das vom Klimaschutzministerium Ende 2016 vorgestellte Programm Kommunaler Klimaschutz.NRW wollen wir fortführen und weiterentwickeln.“	modifizierte Übernahme	Das vom Klimaschutzministerium aufgestellte Programm Kommunaler Klimaschutz.NRW wollen wir fortführen und weiterentwickeln
WP-01-637-2	KV Paderborn	ergänze: Auch haben viele Kommunen bereits Klimaschutzkonzepte erstellt und arbeiten an der Reduktion von CO2-Emissionen und deren Äquivalenten. Andere haben dies nicht getan. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass alle Kommunen ein integriertes Klimaschutzkonzept erstellen. Dies erfolgt unter Berücksichtigung des notwendigen finanziellen Ausgleichs.	zurückgezogen	
WP-01-697	Wibke Brems u.a.	Zeilen 697-699 ersetzen durch: Wir treten dafür ein, dass Wärme, Mobilität und Strom Schritt für Schritt auf Erneuerbare Energien umgestellt, die Sektoren vernetzt und aufeinander abgestimmt werden.	Übernahme	
WP-01-699	OV Alfter u.a.	In WP-01 (Strom – Wärme – Mobilität: Energiewende überall) wird in Zeile 699 angefügt: „Außerdem wollen wir einen öffentlichen Nahverkehr, der für alle bezahlbar ist und Hindernisse der Nutzung ausschließt (‘‘Näheres unter ‘‘Bahn- und ÖPNV-Angebot und –Finanzierung verbessern‘‘).	zurückgezogen	
WP-01-699-2	KV Soest	Ergänzen: Vor dem Hintergrund der von Seiten der Bundesregierung befürworteten Vorratshaltung für Haushalte, sollte auch die Eigenenergieversorgung gefördert werden.	zurückgezogen	
WP-01-714	Wibke Brems u.a.	Zeile 714 bis 717 ersetzen durch: ‘‘Gleichwohl halten wir Kurs: Bis zum Jahr 2030 sollen 45 Prozent des Stromverbrauchs in NRW aus Erneuerbaren Energien stammen. Dazu soll die Windstromproduktion bis zum Jahr 2030 30 Prozent zum Stromverbrauch beitragen.‘‘	modifizierte Übernahme	Gleichwohl halten wir Kurs: Bis zum Jahr 2030 sollen 50 Prozent des Stromverbrauchs in NRW aus Erneuerbaren Energien stammen. Dazu soll die Windstromproduktion bis zum Jahr 2030 30 Prozent zum Stromverbrauch beitragen
WP-01-720	Wibke Brems u.a.	In Zeile 720 nach ‘‘unterstützen‘‘ einfügen: Wir wollen durch Informationen, Beratung und Dialogangebote, die Akzeptanz, insbesondere von Windenergieanlagen, vor Ort unterstützen. Dabei bieten besonders Bürgerwindparks eine Möglichkeit, die Akzeptanz vor Ort zu stärken.	Übernahme	
WP-01-726	KV Lippe	Streiche: ‘‘Freiflächensolaranlagen sehen wir daher auch grundsätzlich kritisch.‘‘	modifizierte Übernahme	Ersetze Zeilen 726-728 (Freiflächensolaranlagen bis nutzen) Freiflächensolaranlagen sollen auf Altdeponien, Altlastenflächen, Brachen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentriert werden.
WP-01-727	Wibke Brems u.a.	In Zeile 727 einfügen:	Übernahme	

		(... oder) Konversions- und (Brachflächen)		
WP-01-739-2	Hans Christian Markert u.a.	Die Zeilen 739 ff.: „Selbst wenn die Potenziale der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen überschaubar sind, wird auch sie ihren Beitrag im Strommix der Zukunft erbringen. Wir wollen deshalb vorhandene Standorte mit Wasserkraftanlagen erhalten und sie besonders unter ökologischen Aspekten weiterentwickeln. Soweit sie mit der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar sind, wollen wir auch den Bau neuer Wasserkraftanlagen unterstützen. Dabei haben wir immer auch die Auswirkungen auf Ökologie und Fische mit im Blick. Die Potenzialstudie der Landesregierung gibt für die Weiterentwicklung der Wasserkraft erste Hinweise. Diese wollen wir nutzen. Die begonnenen Projekte in den Regierungsbezirken werden wir weiterhin unterstützen.“ werden wie folgt neu gefasst: „Auch die überschaubaren Potenziale der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen leisten ihren Beitrag zum Strommix der Zukunft. Wir wollen Wasserkraftstandorte unter ökologischen Aspekten weiter entwickeln, so dass die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden können.“	Übernahme	
WP-01-752	LAG Energie	Ersetze „unserer Natur“ durch „der biologischen Vielfalt NRWs“	Übernahme	
WP-01-758	KV Soest	Ersetzen: Die bestehenden Leitfäden des Artenschutzes müssen an die jeweils neuesten Erkenntnisse (bspw. Helgoländer Papier) angepasst und von den Behörden und Vorhabensträgern konsequent eingehalten werden.	zurückgezogen	Begr.:Das Helgoländer Papier muss jeweils regional übertragen werden..
WP-01-758-2	Wibke Brems u.a.	In Zeile 758 bis 759 „Die bestehenden Leitfäden des Artenschutzes wollen wir an die jeweils neuesten Erkenntnisse anpassen“ ersetzen durch: “Die bestehenden Leitfäden des Artenschutzes wollen wir als Unterstützung für Kommunen und Antragsteller*innen kontinuierlich weiterentwickeln und an die neusten Erkenntnisse anpassen.“	Übernahme	
WP-01-771	LAG Wirtschaft	nach „...bestehen.“: Dadurch verlagert die Energiewende die Gewinne der Großkonzerne hin zur Energieerzeugung vor Ort: Die Bürgerwindparks, Energiegenossenschaften und Kommunen werden die Energieerzeuger*innen der Zukunft und holen die Wertschöpfung in ihre Region.	Übernahme	
WP-01-771-2	Wibke Brems u.a.	In Zeile 771 „Deshalb lehnen wir ein System ab, das besonders Großstrukturen unterstützt.“ Ersetzen durch: “Bürger*innen sind nicht mehr nur reine Konsumenten sondern werden zu so genannten Prosumern, die Strom verbrauchen und auch erzeugen. Diese Entwicklung unterstützen wir. Ein System hingegen, das besonders Großstrukturen unterstützt, lehnen wir ab.“	Übernahme	
WP-01-794	Wibke Brems u.a.	In Zeile 794 nach „2025!“ einfügen: “Dabei wollen wir zum einen den Ausbau der Photovoltaik auf Dächern	Übernahme	

		von privaten Haushalten voranbringen, aber auch Gewerbetreibende dazu motivieren, ihre Dachflächen zu nutzen.“		
WP-01-798	LAG Energie	Die Zeilen 798-801 (Thermovoltaik) sollen gestrichen werden.	zurückgezogen	
WP-01-827	Wibke Brems u.a.	In Zeile 827 einfügen: “Denn Strom wird nicht mehr immer dann produziert werden, wenn er benötigt wird. Daher muss er gespeichert werden, wenn zu viel Strom produziert wird, um ihn dann verwenden zu können, wenn zu wenig Strom aus Sonne und Wind gewonnen werden kann.“	Übernahme	
WP-01-834	KV Soest	In der Zeile 834 „- z.B. im Bereich der unter- und oberirdischen Pumpspeicherwerke“ streichen.	modifizierte Übernahme	Einfügen in Zeile 833 (nach Technologien) „und Planungen“
WP-01-838	Wibke Brems u.a.	In Zeile 838 einfügen: “Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern, Pilotprojekte ermöglichen und Förderprogramme ausbauen.“	Übernahme	
WP-01-863	Wibke Brems u.a.	In Zeile 863 nach „bereitstellt“ einfügen: „Dabei unterstützen wir regionale Konzepte, die lokale Akteure zusammenbinden und fördern einen regionalen Zusammenschluss von Erneuerbaren-Energien-Betreibern. Deshalb wollen wir Pilotvorhaben für regionale Virtuelle Kraftwerke ... „	Übernahme	
WP-01-892	Wibke Brems u.a.	In Zeile 892 nach „Systemtransformation“ einfügen: „Denn um alle Auswirkungen und Wechselwirkungen in einem sich wandelnden Strom-, Wärme- und Mobilitätsmarkt im Auge behalten und neu gestalten zu können, bedarf es eines interdisziplinären Austauschs und einer ganzheitlichen Herangehensweise.“	Übernahme	
WP-01-932	LAG Energie	Füge ein nach Z. 932: „Die Wärmeversorgung muss sozialverträglich modernisiert werden – mit leistungsfähigen Nahwärmenetzen und der dezentralen Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme. Ganze Stadtviertel sollen gemeinsam ihre Wärmезukunft gestalten. Dafür wollen wir gezielt Fördermittel bereitstellen.“	modifizierte Übernahme	Füge ein nach Z. 932: „Die Wärmeversorgung muss sozialverträglich modernisiert werden – mit leistungsfähigen Nahwärmenetzen und der dezentralen Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme. Ganze Stadtviertel sollen gemeinsam ihre Wärmезukunft gestalten.“
WP-01-933	Wibke Brems u.a.	In Zeile 933 Überschrift „Kraft-Wärme-Kopplung“ ersetzen durch: “Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und erneuerbar gestalten“	Übernahme	
WP-01-937	Wibke Brems u.a.	In Zeile 937 nach „einsetzen“ einfügen: „... und darauf drängen, dass die Förderung bei Neuanlagen auf industrielle und klimafreundliche KWK ausgerichtet wird.“	Übernahme	
WP-01-973	LAG Energie	Hinter Zeile 973 einfügen: „Und nicht zuletzt – so ehrlich und selbstkritisch sollten wir sein – geht es auch darum, einen Kulturwandel in Denken, Planen und Handeln hin zu einem	modifizierte Übernahme	Zusammenführung der Anträge 973 und 973-2 in modifizierter Form: Auch die erfolgreiche Arbeit der Verbraucherzentrale im Bereich Energieeffizienz, Gebäudesanierung und

		<p>klimatefreundlichen Lebensstil herbeizuführen. Wir wollen unserer Verantwortung gerecht werden und uns diesem Thema mit der gebotenen Sensibilität zuwenden. Denn: Wir haben unsere Erde von unseren Kindern nur geborgt.“</p>		<p>Energieberatung wollen wir fortsetzen. Und nicht zuletzt geht es auch darum einen Kulturwandel in Denken, Planen und Handeln hin zu einem nachhaltigen Konsum und klimatefreundlichen Lebensstil mit hoher Lebensqualität zu unterstützen und uns diesem Thema mit der gebotenen Sensibilität zuzuwenden..“</p>
WP-01-973-2	Wibke Brems u.a.	<p>In Zeile 973 einfügen: „Auch die erfolgreiche Arbeit der Verbraucherzentrale im Bereich Energieeffizienz, Gebäudesanierung und Energieberatung wollen wir fortsetzen.“</p>	modifizierte Übernahme	s.o. 973
WP-01-974	Wibke Brems u.a.	<p>In Zeile 974 ersetzen „Jobmotor durch das Handwerk“ durch: “Aufgabe für das Handwerk“</p>	Übernahme	
WP-01-982	KV Lippe	<p>Anfügen nach Zeile 982: Wir wollen die Abschreibungsmodelle so gestalten, dass wir besondere Anreize für die Verwendung von mineralischen und ökologischen Dämmmaterialien setzen.</p>	modifizierte Übernahme	Die Abschreibungsmodelle sollen so gestaltet sein, dass besondere Anreize für die Verwendung von ökologischen Dämmmaterialien gesetzt werden.
WP-01-982-2	KV Soest	<p>Ergänzen: Besonders fördern wollen wir in diesem Bereich die zertifizierten ökologischen Baustoffe mit hohen Brandschutzklassen. Insgesamt streben wir dabei bis 2022 eine Sanierungsrate aller Gebäudetypen von über 2% an.</p>	modifizierte Übernahme	Insgesamt streben wir dabei eine Sanierungsrate aller Gebäudetypen von jährlich 3% an.
WP-01-982-3	Wibke Brems u.a.	<p>In Zeile 982 streichen: „und ein Konjunkturprogramm und Jobmotor für das Handwerk sein.“ Und ersetzen durch: “Dabei spielt das Handwerk mit seinem Sachverstand eine wichtige Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass das Handwerk bereits in der Planungsphase von energetischer Sanierung eingebunden wird, um so Synergieeffekte zu erzielen.“</p>	Übernahme	
WP-01-992	Wibke Brems u.a.	<p>In Zeile 992 einfügen: „Die aktuelle Tarifgestaltung belohnt oftmals einen hohen Energieverbrauch. Es gibt jedoch Menschen, die sich selbst den Mindestverbrauch nicht mehr leisten können. Deshalb setzten wir uns für eine Tarifgestaltung ein, die einen geringen Energieverbrauch begünstigt, z.B. durch kostenneutrale Einführung linearer Stromtarife, durch die Abschaffung von Grundgebühren bzw. –preisen und wollen gleichzeitig die Möglichkeiten von Menschen mit geringem Einkommen stärken, Energie einzusparen. Unterstützen können hierbei die aufsuchende Energieberatung sowie Finanzierungsmodelle für energiesparende Geräte, die besonders auch Menschen mit geringem Einkommen berücksichtigen.“</p>	modifizierte Übernahme	Satz streichen:“Es gibt jedoch Menschen, die sich selbst den Mindestverbrauch nicht mehr leisten können.“
WP-01-1002	Wibke Brems u.a.	<p>Überschrift Zeile 1002 ändern in “Lokale Initiativen für regionale Energieinformationszentren unterstützen“</p>	modifizierte Übernahme	<p>a) keine Änderung der Überschrift b) In den eigenen vier Wänden lässt sich im</p>

		<p>Satz ab Zeile 1007 hinter "...Haustechnik." ändern in: Deshalb wollen wir lokale Initiativen zum Aufbau von regionalen Energieinformationszentren als Modell-, Ausstellungs- und Anschauungsorte zum Erwerb von Energiekompetenz sowie als Anlauf- und Treffpunkt für alle, vom Handwerk bis zum Endverbraucher, unterstützen. In den eigenen vier Wänden lässt sich im Durchschnitt rd. ein Drittel Energie einsparen. Mit verschiedenen Projekten wurden private Haushalte in NRW bisher mittels Beratungsangeboten sowie Motivationskampagnen für das Energiesparen gewonnen. Es besteht weiterhin großer Informationsbedarf über Wärmedämmung, Eigenversorgung, Energieeinsparung, Effizienz und Haustechnik. Deshalb wollen wir lokale Initiativen zum Aufbau von regionalen Energieinformationszentren als Modell-, Ausstellungs- und Anschauungsorte zum Erwerb von Energiekompetenz sowie als Anlauf- und Treffpunkt für alle, vom Handwerk bis zum Endverbraucher, unterstützen Diese können in Zusammenarbeit mit Handwerkerinitiativen und den Handwerkskammern als Handwerkerhäuser oder mit Stadtwerken oder lokalen Initiativen entstehen. dahinter einfügen: "Diese können in Zusammenarbeit mit Handwerkerinitiativen und den Handwerkskammern als Handwerkerhäuser oder mit Stadtwerken oder lokalen Initiativen entstehen."</p>		<p>Durchschnitt rd. ein Drittel Energie einsparen. Mit verschiedenen Projekten wurden private Haushalte in NRW bisher mittels Beratungsangeboten sowie Motivationskampagnen für das Energiesparen gewonnen. Es besteht weiterhin großer Informationsbedarf über Wärmedämmung, Eigenversorgung, Energieeinsparung, Effizienz und Haustechnik. Zusammen mit Handwerkerinitiativen und den Handwerkskammern wollen wir flächendeckend Handwerkerhäuser als Modell-, Ausstellungs- und Anschauungsorte zum Erwerb von Energiekompetenz sowie als Anlauf- und Treffpunkt für alle, vom Handwerk bis zum Endverbraucher entwickeln, die zugleich als regionale Energieinformationszentren fungieren. Auch die Initiativen von lokalen Energiegruppen hin zu regionalen Energieinformationszentren sollen ebenfalls unterstützt werden.</p>
WP-01-1030	Wibke Brems u.a.	<p>einfügen in Zeile 1030: "Eine erfolgreiche Energiewende kann es nur geben, wenn wir die Weichen für einen Kohleausstieg stellen." einfügen in Zeile 1032 nach "... Schritte.": "Schon heute müssen die Weichen für eine Zukunft mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien gestellt werden, in der nach Atom auch Kohle keine Rolle mehr spielen wird." einfügen nach Zeile 1043: "Deshalb ist es wichtig, dass die ältesten und damit klimaschädlichsten Kohlemeiler schnellstmöglich vom Netz gehen. So wird unserer Verantwortung beim Klimaschutz Rechnung getragen und gleichzeitig werden die im deutschen Strommarkt vorhandenen Überkapazitäten reduziert. Denn diese verstopfen das Stromnetz und behindern so den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir werden die Geschwindigkeit des Abschaltens von Kohlekraftwerken beschleunigen. Dazu werden wir auf einen konkreten Schließungsplan mit Jahreszahlen für alle Kohlekraftwerke in NRW drängen. Dabei werden wir auch berücksichtigen, wie klimaschädlich die einzelnen Kraftwerke sind. Wir wollen die Menschen bei diesem Veränderungsprozess mitnehmen und es soll wie bei der Beendigung des Steinkohlenbergbaus einen</p>	Modifizierte Übernahme	<p>einfügen nach Zeile 1029 Eine erfolgreiche Energiewende kann es nur geben, wenn wir die Weichen für einen Kohleausstieg stellen. Die Beschlüsse von Paris erfordern für die Klimaschutzpolitik von Bund und Land deutlich größere Anstrengungen. Ein ambitionierterer und schnellerer Kohleausstieg spielt dabei eine zentrale Rolle. einfügen in Zeile 1032 nach "... Schritte.": "Schon heute müssen die Weichen für eine Zukunft mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien gestellt werden, in der nach Atom auch Kohle keine Rolle mehr spielen wird. : einfügen nach Zeile 1043 Dazu wollen wir in der kommenden Legislatur die erforderlichen Entscheidungen treffen. Deshalb ist es wichtig, dass die ältesten und damit klimaschädlichsten Kohlemeiler schnellstmöglich</p>

		sozialverträglichen Auslaufprozess geben.“		<p>vom Netz gehen. So wird unserer Verantwortung beim Klimaschutz Rechnung getragen und gleichzeitig werden die im deutschen Strommarkt vorhandenen Überkapazitäten reduziert. Denn diese verstopfen das Stromnetz und behindern so den Ausbau der Erneuerbaren Energien.</p> <p>Wir werden die Geschwindigkeit des Abschaltens von Kohlekraftwerken beschleunigen. Dazu werden wir auf einen konkreten Schließungsplan mit Jahreszahlen für alle Kohlekraftwerke in NRW drängen.</p> <p>„Dieser Schließungsplan wird sich an Alter und Klimaschädlichkeit der einzelnen Kraftwerke orientieren. Mögliche gesetzliche Instrumente können Vorgaben zu Wirkungsgrad, Begrenzungen zum CO₂-Ausstoß über das Emissionsschutzgesetz oder das Erheben einer CO₂-Steuer sein.</p> <p>Wir wollen die Menschen bei diesem Veränderungsprozess mitnehmen und es soll wie bei der Beendigung des Steinkohlenbergbaus einen sozialverträglichen Auslaufprozess geben.“</p> <p>Einfügen nach Zeile 1053 Unser Ziel ist es, dass am Ende möglichst viel von der Kohle auch in den bereits genehmigten Tagebauen in der Erde bleibt.</p>
WP-01-1032	KV Dortmund	Ergänzung: Nun folgen die nächsten konsequenten Schritte mit dem Ziel, aus dem Tagebau und der Kohleverstromung bis zum Jahr 2025 auszusteigen.	Zurückgezogen, erledigt durch mod. Übernahme WP-01-1030	
WP-01-1041	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Wattenscheid	Ersetze: Entscheidend ist: Der Kohleausstieg beginnt jetzt. Der Zielkorridor für die gesetzlich festgelegten Restlaufzeiten der jeweiligen Kohlekraftwerke soll bundesweit für die nächsten zwei Jahrzehnte abschließend definiert werden. Wir müssen den beschleunigten Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohle forcieren und gemeinsam mit der Region alternative Zukunftsperspektiven auch für die Arbeitnehmer*innen schaffen. Dazu brauchen wir einen konkreten Zeitplan, die genaue Bezifferung der Ewigkeitskosten sowie die Gründung einer Stiftung zur Finanzierung der Folge- und der Ewigkeitskosten aus dem	zurückgezogen	

		<p>Braunkohlenabbau. Zudem werden wir prüfen, ob und unter welchen Umständen auch auf sogenannte Alte Rechte in der Braunkohle eine Förderabgabe erhoben werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rohstoffpreise auch die ökologische Wahrheit widerspiegeln.</p> <p>durch:</p> <p>Entscheidend ist: Der Kohleausstieg beginnt jetzt. Unser Ziel ist es, bis 2025 aus der Kohlenutzung auszusteigen. Dazu wollen wir ambitionierte Obergrenzen für den CO2-Jahresausstoß von fossilen Kraftwerken festlegen. Richtwert ist dabei die CO2-Emission eines modernen Gas-Kraftwerks. Besonders dreckige Altmeiler müssen sofort vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt abgeschaltet. Wir müssen den beschleunigten Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle forcieren und gemeinsam mit der Region alternative Zukunftsperspektiven auch für die Arbeitnehmer*innen schaffen. Dazu brauchen wir einen konkreten Zeitplan, die genaue Bezifferung der Ewigkeitskosten sowie die Gründung einer Stiftung zur Finanzierung der Folge- und der Ewigkeitskosten aus dem Kohleabbau. Zudem werden wir prüfen, ob und unter welchen Umständen auch auf sogenannte Alte Rechte in der Braunkohle eine Förderabgabe erhoben werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rohstoffpreise auch die ökologische Wahrheit widerspiegeln.</p>		
WP-01-1041-2	GRÜNE JUGEND NRW	<p>Ersetze:</p> <p>“Der Zielkorridor für die gesetzlich fest- gelegten Restlaufzeiten der jeweiligen Kohlekraftwerke soll bundesweit für die nächsten zwei Jahrzehnte abschließend definiert werden.“</p> <p>durch:</p> <p>“Dazu wollen wir ambitionierte Obergrenzen für den CO2-Jahresausstoß von fossilen Kraftwerken festlegen. Grenzwert ist dabei die CO2-Emission eines modernen Gas-Kraftwerks. Besonders dreckige Altmeiler müssen sofort vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt abgeschaltet. Priorität im Ausstiegsplan muss die Einhaltung der Emissionsrichtlinien im Pariser Klimaschutzabkommen haben. Unseren beispielgebenden Ansatz der Verkleinerung bestehender Tagebaue möchten wir auf weitere Tagebaue ausweiten. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen ambitionierten und verbindlichen Ausstiegsplan ein.“</p>	Zurückgezogen, erledigt durch mod. Übernahme von WP-01-1030	
WP-01-1051	Wibke Brems u.a.	<p>Nach Zeile 1051 einfügen:</p> <p>“Aktuell wird in Nordrhein-Westfalen ein neues Braunkohlekraftwerk (BoAplus) am Standort Niederaußem geplant. Diese unsinnige Planung schürt nur falsche Hoffnungen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Region. Sie verursacht unnötige Kosten in Millionenhöhe und belastet die Anwohnerinnen und Anwohner. Ein Unternehmen, das solche Planungen vorantreibt, kann kein ernsthafter</p>	modifizierte Übernahme	Aktuell wird in Nordrhein-Westfalen ein neues Braunkohlekraftwerk (BoAplus) am Standort Niederaußem geplant. Diese Planungen belasten die notwendigen Bemühungen um einen Kohlekonsens, verursachen unnötige Kosten und müssen daher eingestellt werden. Darüber hinaus wollen wir, dass der Braunkohletagebau- und Kraftwerksbetreiber

		Gesprächspartner für einen Kohlekonsens sein. Darüber hinaus wollen wir, dass der Braunkohlentagebau- und Kraftwerksbetreiber seine Verpflichtungen aus dem im Jahr 1994 vereinbarten Kraftwerkserneuerungsprogramm endlich einlöst und statt in neue Kraftwerke in den Strukturwandel in der Region investiert, um so den Kohleausstieg und Strukturwandel im Rheinischen Revier zu unterstützen.“		seine zugesagten Finanzmittel aus dem im Jahr 1994 vereinbarten Kraftwerkserneuerungsprogramm endlich einlöst und statt in neue Kraftwerke in den Strukturwandel in der Region investiert, um so den Kohleausstieg und Strukturwandel im Rheinischen Revier zu unterstützen
WP-01-1052	Wibke Brems u.a.	Zeile 1052 bis 1060 ersetzen durch: “Perspektiven für das Rheinische Revier nach der Kohle Das Rheinische Revier im Städtedreieck zwischen Köln, Mönchengladbach und Aachen wurde landschaftlich und wirtschaftlich von der Braunkohlenutzung geprägt. Gleichzeitig hat sich die Region zu einer der stärksten Wissenschaftsregionen in Deutschland entwickelt. Nicht nur die beiden Exzellenzuniversitäten NRWs, in Köln und Aachen, liegen im Rheinischen Revier. In Mönchengladbach, Aachen, Köln und Jülich gibt es außerdem sehr leistungsstarke Fachhochschulen und eine große Anzahl von Forschungsinstituten. Die Bedeutung der Braunkohle ist für die Region rückläufig, so sind die Beschäftigtenzahlen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Noch vor 25 Jahren waren hier mehr als 20.000 Menschen beschäftigt, heute sind es weniger als 9.000.“ Zeilen 1079 “Wir fordern für die Region“ ersetzen durch: “Darüber hinaus fordern wir, gerade für die renaturierten Flächen der Braunkohletagebaue, ...“ Zeilen 1086 bis 1088 ersetzen durch: “Diese Maßnahmen können so dazu beitragen, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier gelingt.ung	Übernahme	
WP-01-1107	Gudrun Zentis u.a.	1107 bis Zeile 1110 Zudem setzen wir uns auch zukünftig dafür ein, dass allen vom Rohstoffabbau Betroffenen die bergschadensrelevanten Informationen zur Geologie, Tektonik, Hydrologie sowie die Höhenfolgedaten transparent dargestellt und ohne großen Verwaltungsaufwand zugänglich werden, damit sie sich bei einem Verdacht auf einen Bergschaden informieren können. So soll es den Betroffenen ermöglicht werden, auf gleicher Informationsbasis mit Unternehmen und Behörden zu kommunizieren.	modifizierte Übernahme	Zudem setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass allen vom Rohstoffabbau Betroffenen die bergschadensrelevanten Informationen zur Geologie, Tektonik, Hydrologie sowie die Höhenfolgedaten transparent dargestellt und ohne großen Verwaltungsaufwand zugänglich werden, damit sie sich bei einem Verdacht auf einen Bergschaden informieren können. So soll es den Betroffenen ermöglicht werden, auf gleicher Informationsbasis mit Unternehmen und Behörden zu kommunizieren.
WP-01-1132	Wibke Brems u.a.	In Zeile 1132 einfügen: “Wir wollen sicherstellen, dass nicht am Ende der Steuerzahler auf den Folgekosten des Braunkohlenabbaus sitzen bleibt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Möglichkeiten des aktuellen Bergrechts zur Erhebung von Sicherheitsleitungen für Renaturierung, Wasserhaltung und	Übernahme	

		Maßnahmen nach dem Ende des Braunkohlenabbaus genutzt und ab sofort Sicherheitsleistungen konsequent eingefordert werden. Auch in einem neuen Bundesberggesetz werden wir uns für die Einforderung von Sicherheitsleistungen einsetzen.“		
WP-01-1140	Ortsverband Drensteinfurt u.a.	Auch die sogenannte Tektomechanik lehnen wir ab.	modifizierte Übernahme	Füge ein nach Zeile 1139 (neuer Absatz) Der Schutz von Trinkwasser steht für uns über allen wirtschaftlichen Interessen. Wir setzen uns dafür ein, dass im Wasserhaushaltsgesetz dieser Grundsatz so umgesetzt wird, dass insbesondere riskante Bohrungen (z.B. Fracking und Tektomechanik) nicht zugelassen werden. „Ersetze Zeile 1140 („Auch“...bis „kritisch“) Wir unterstützen keine Gasbohrungen nach unkonventionellem Erdgas in NRW. Auch die so genannte Tektomechanik sehen wir kritisch und wollen sie in einem neuen Bergrecht ablehnen
WP-01-1140-3	LAG Energie	Füge nach dem ersten Satz in Zeile 1140 ein: “Darum wollen wir das Bergrecht ändern.“	Übernahme	
WP-01-1151	KV Lippe	Streiche “acht“ Einfügen “neun“	Übernahme	
WP-01-1152	KV Dortmund	Zeilen 1152 – 1154 Bisher gibt es allerdings keine Ausstiegsvereinbarung für die Urananreicherungs-anlage im westfälischen Gronau. Sie produziert für viele Atomkraftwerke in Europa und weltweit den Brennstoff. ersetzen durch Die Urananreicherung in Gronau (UAA), die ihre Kapazität seit 1985 von etwa 1000 Tonnen Uranhexafluorid auf jährlich mehr als 4000 t gesteigert hat und damit 35 AKWs mit angereichertem Uran beliefern kann, muss in den nächsten 4 Jahren bis 2020 stillgelegt werde	erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-01-1152-2	
WP-01-1152-2	Arno Heipel KV Borken u.a.	Bisher gibt es allerdings keine Ausstiegsvereinbarung für die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau, für die Brennelementfertigungsanlage Lingen und das atomare Zwischenlager in Ahaus. Die Anlage in Gronau ist maßgeblich daran beteiligt, viele Atomkraftwerke in Europa und weltweit mit angereichertem Uran für die Brennelemente zu versorgen und damit ihren weiteren Betrieb zu sichern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für alle Anlagen, die zum Brennstoffkreislauf dazu gehören, ein Ausstiegsfahrplan entwickelt wird mit dem Ziel, diese Anlagen spätestens bis 2022 zu schließen, wenn das letzte Atomkraftwerk stillgelegt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf dem Gelände der Urananreicherungsanlage Gronau keine Zwischenlagerkapazitäten geschaffen werden, solange der Atommüll auf ihrem Gelände nicht rechtsverbindlich als solcher deklariert ist und	modifizierte Übernahme	Fasse 1152-1153 (Bisher....Gronau) neu: Bisher weigern sich die Bundesregierung und der Bundestag, die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau trotz zweifacher Beschlusslage durch den Bundesrat auf Initiative NRWs und einer ähnlichen einstimmigen Beschlusslage der Umweltministerkonferenz (hier auch Brennelementfertigungsanlage Lingen) diese Anlagen in das Atomausstiegsgesetz einzubeziehen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass für alle Anlagen, die zum Brennstoffkreislauf gehören, der Geltungsbereich des Atomausstiegsgesetzes erweitert wird mit dem

		feststeht, wann die Anlage stillgelegt ist. Bis dahin soll die Genehmigung der Uranoxidhalle von 2005 ausgesetzt werden.		Ziel, diese Anlagen schnellstmöglich und rechtssicher zu schließen. Zudem wollen wir darauf hinwirken, die Lagerung von Produktionsabfällen und Zwischenprodukten der Uran-Anreicherung unter freiem Himmel zu beenden.“
WP-01-1154	KV Lippe	nach „...weltweit den Brennstoff.“ einfügen: Zu den Empfängern gehört der Belgische Stromkonzern Electrabel, Betreiber der maroden Anlagen in Tihange und Doel.	modifizierte Übernahme	Über den Brennstoffkreislauf gehört auch der belgische Stromkonzern Electrabel, Betreiber der maroden Anlagen in Tihange und Doel, zu den Empfängern
WP-01-1154-2	KV Dortmund	Ergänzung: Das neue Atommülllager für abgereichertes Uran, das 2017 in Gronau eröffnet werden soll, wird nicht akzeptiert. Auch die Entstehung eines oberirdischen Endlagers in Gronau oder anderswo wird abgelehnt.	zurückgezogen.	
WP-01-1159	Arno Heipel KV Borken u.a.	Zum Atomausstieg gehört auch der Ausstieg aus der Atomforschung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land NRW keinerlei Atomforschung mehr finanziert, mit Ausnahme der Forschung für Sicherheit, Endlagerung und Rückbau. Dies gilt insbesondere für jedwede Finanzierung von Forschung für neue Kugelhaufenreaktoren und andere Reaktortechnik sowie für Transmutation. Die Errichtung entsprechender Forschungsanlagen und -reaktoren in NRW bleibt ausgeschlossen. Auch für das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) gibt es noch keine Ausstiegsperspektive. In Ahaus lagern bereits heute mehrere hundert Castor-Behälter mit Brennelementen unterschiedlicher Art in einer normalen Lagerhalle, die vor allem vor Wind und Wetter schützt. Es gibt Pläne, 152 Castoren des stillgelegten Versuchsreaktors des AVR Jülich nach Ahaus zu bringen — mit Kugel-Brennelementen, die hochporös und stark kontaminiert sind und aus brennbarem Graphit bestehen. Die Betreiber des FRM II2 in Garching planen 17 Transporte mit Atommüll aus ihrer Anlage nach Ahaus. Die Fracht: auf 93 Prozent angereichertes, potenziell atombombenfähiges Uran. Wir werden uns dafür einsetzen, dass keine Castoren mit Brennelementen mehr nach Ahaus oder in ein anderes Zwischenlager rollen. Atomarer Müll, aus Jülich und anderen Forschungsanlagen, soll nur noch einmal, nämlich in ein Endlager transportiert werden.	Modifizierte Übernahme	Füge ein in Zeile 1159 (nach „wird.“) „Wir bleiben dabei, dass das Land Nordrhein-Westfalen keinerlei Atomforschung mehr finanzieren wird, mit Ausnahme der Forschung für Sicherheit, Endlagerung und Rückbau. Dies gilt insbesondere für jedwede Finanzierung von Forschung für neue Kugelhaufenreaktoren und andere Reaktortechnik sowie für Transmutation. Die Errichtung entsprechender Forschungsanlagen und –reaktoren in NRW bleibt für uns ausgeschlossen. Mit Blick auf das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, eine Ausstiegsperspektive zu entwickeln, sobald ein ‘Endlager’ gefunden ist, in das die heute noch dort lagernden mehrere hundert Castor-Behälter mit Brennelementen unterschiedlicher Art dann verbracht werden sollen.“ Füge ein nach Zeile 1160 (nach „transportiert wird“) „- das muss aus unserer Sicht auch für die atomaren Forschungshinterlassenschaften des FRM II in Garching gelten.“
WP-01-1159-2	KV Dortmund	Ergänzung: Das Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus darf nicht weiter aufgefüllt werden, besonders nicht mit Transporten von Castoren aus anderen Bundesländern.	modifizierte Übernahme	Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Brennelementezwischenlagerung grundsätzlich an den jeweiligen Entstehungsorten erfolgt und Transporte nach Ahaus vermieden werden.
WP-01-1159-3	KV Lippe u.a.	nach “...beendet sein wird.” einfügen: Deshalb werden wir uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die	erledigt durch modifizierte	

		Urananreicherungsanlage(UAA) in Gronau schnellstmöglich rechtssicher stillgelegt werden kann. In diesem Rahmen muss die 2005 erteilte Lagerungsgenehmigung einer Halle für 59.000 t Uranoxid, deren Inbetriebnahme für 2017 vorgesehen ist, unverzüglich zurückgenommen werden. Zum Schutz der UAA-Beschäftigten und der Stadt Gronau muss das Land in Zusammenarbeit mit der Region ein Strukturkonzept erarbeiten.	Übernahme WP-01-1152-2	
WP-01-1159-4	Karsten Schmeißner u.a.	Wir werden uns dafür einsetzen, für das zentrale Zwischenlager Ahaus (TBL Ahaus), dessen Genehmigung bis zum 31.12.2036 befristet ist, ein neues sicheres Aufbewahrungskonzept zu erstellen. Solange kein schlüssiges Konzept vorliegt, darf kein weiterer Atom Müll hier eingelagert werden.	erledigt durch modifizierte Übernahme WP-01-1159-2	
WP-01-1160	KV Lippe u.a.	Ergänzen nach: "...in ein Endlager transportiert wird.": Für die 152 Castorbehälter in Jülich fordern wir den Neubau eines sicheren Zwischenlagers vor Ort. Sie sind die Achillesferse für die Atomindustrie und stellen für die Bevölkerung ein besonderes Risiko dar. An der von uns initiierten Umsiedelung der Duisburger Atomfabrik von GNS in ein dünner besiedeltes Gebiet werden wir weiter festhalten.	erledigt durch modifizierte Übernahme WP-01-1152-2	
WP-01-1163	Herbert Hoting u.a.	füge ein: Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die von Urantransporten per Bahn, LKW oder Schiff betroffenen Städte und Gemeinden vorab über diese Urantransporte informiert werden.	modifizierte Übernahme:	„Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass neben den entsprechenden Kreispolizeibehörden auch die von Uran-Hexa-Fluorid-Transporten per Bahn, LKW oder Schiff betroffenen Städte und Gemeinden vorab über diese informiert werden
WP-01-1168	KV Dortmund	Ergänzung: Die maroden Atomreaktoren, nicht nur z.B. Tihange oder Fessenheim sondern ebenso Lingen und Grohnde , müssen endgültig stillgelegt werden.	erledigt durch WP-01-1175	
WP-01-1175	KV Lippe u.a.	Einfügen nach "...einsetzen." "Nur wenige Kilometer hinter der Landesgrenze, im Nachbarland Niedersachsen, stehen zwei weitere Reaktoren, von denen ebenfalls unkalkulierbare Risiken ausgehen, die Atomkraftwerke Grohnde und Emsland. Auch hier teilen wir die berechnete Sorge der Anwohner*innen und setzen uns für eine vorzeitige Stilllegung ein. In Zusammenarbeit mit der zuständigen Niedersächsischen Atomaufsicht werden wir alle diesbezüglich in Frage kommenden Instrumente auf ihre Rechtssicherheit überprüfen und im geeigneten Fall eine vorzeitige Stilllegung unterstützen."	Übernahme	
WP-01-1187	KV Mönchengladbach	Am Ende des Absatzes in 1187 einfügen: "Dazu wollen wir in NRW gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden ein euresregionales Energieversorgungskonzept für die Grenzregion erarbeiten, welches die Stromversorgung der gesamten	Übernahme	

		Region auf Basis nachhaltiger Energieträger sicherstellt.“		
WP-01-1192	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Wattenscheid	Ergänze: <ul style="list-style-type: none"> • Mit Kohleausstiegsgesetz und Kohlekonsens den Abschied von der Kohle im Jahr 2025 	Zurück- gezogen	